



Frau Bundeskanzlerin

Ergebnisse aus der Meinungsforschung

20. April 2018

Wochenbericht KW 16

forsa | Emnid | infratest dimap

Wähleranteile:	Union zwischen 34 % und 32 %, SPD zwischen 19 % und 17 %
Wirtschaft:	Pessimistische Erwartungen überwiegen
Weltpolitische Lage:	Sorge um den Weltfrieden wächst Situation in den USA wird als größte Bedrohung wahrgenommen
Flüchtlinge:	Mehrheitlich keine Sorgen über die hohen Flüchtlingszahlen in Deutschland; allerdings sehen die Bürger zunehmend eher keine Fortschritte bei der Bewältigung der Situation
Wichtigstes Thema:	Bürgerkrieg in Syrien, Giftgasangriff, militärisches Eingreifen des Westens

Steffen Seibert

Wähleranteile

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/stern	Emnid¹ für BamS	infratest dimap² für ARD
CDU/CSU	34 (+2)	33 (-)	32 (-1)
SPD	19 (-1)	18 (-)	17 (-1)
FDP	9 (-)	9 (-)	10 (+1)
DIE LINKE	10 (-)	11 (-)	10 (-)
B'90/Grüne	12 (+1)	12 (+1)	12 (-)
AfD	12 (-1)	13 (-1)	15 (+1)
Sonstige	4 (-1)	4 (-)	4 (-)
Erhebungszeitraum	09.-13.04.	12.-18.04.	16.-18.04.

Die Union liegt bei forsa 15 (+3), bei Emnid 15 (-) und bei infratest dimap 15 (-) Prozentpunkte vor der SPD.

Kanzlerpräferenz

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/n-tv
Merkel	51 (+2)
Nahles	15 (-)
Merkel	46 (+2)
Scholz	21 (-)
Erhebungszeitraum	09.-13.04.

Angela Merkel liegt bei der Kanzlerpräferenz 36 (+2) Prozentpunkte vor Andrea Nahles und 25 (+2) Prozentpunkte vor Olaf Scholz.

87 % (+1) der CDU/CSU-Anhänger präferieren Merkel und 3 % (-1) Nahles. Von den SPD-Anhängern würden sich 35 % (-1) für Nahles und 35 % (-1) für Merkel entscheiden.

Bei der Alternative zwischen Merkel und Scholz sprechen sich 85 % (+4) der CDU/CSU-Anhänger für Merkel und 5 % (-1) für Scholz aus; von den SPD-Anhängern präferieren 49 % (-) Scholz und 27 % (-) Merkel.

¹ Sperrfrist bis zur Veröffentlichung in der Bild am Sonntag (22.04.2018)

² im Vergleich zur KW 14

Problemlösungskompetenz

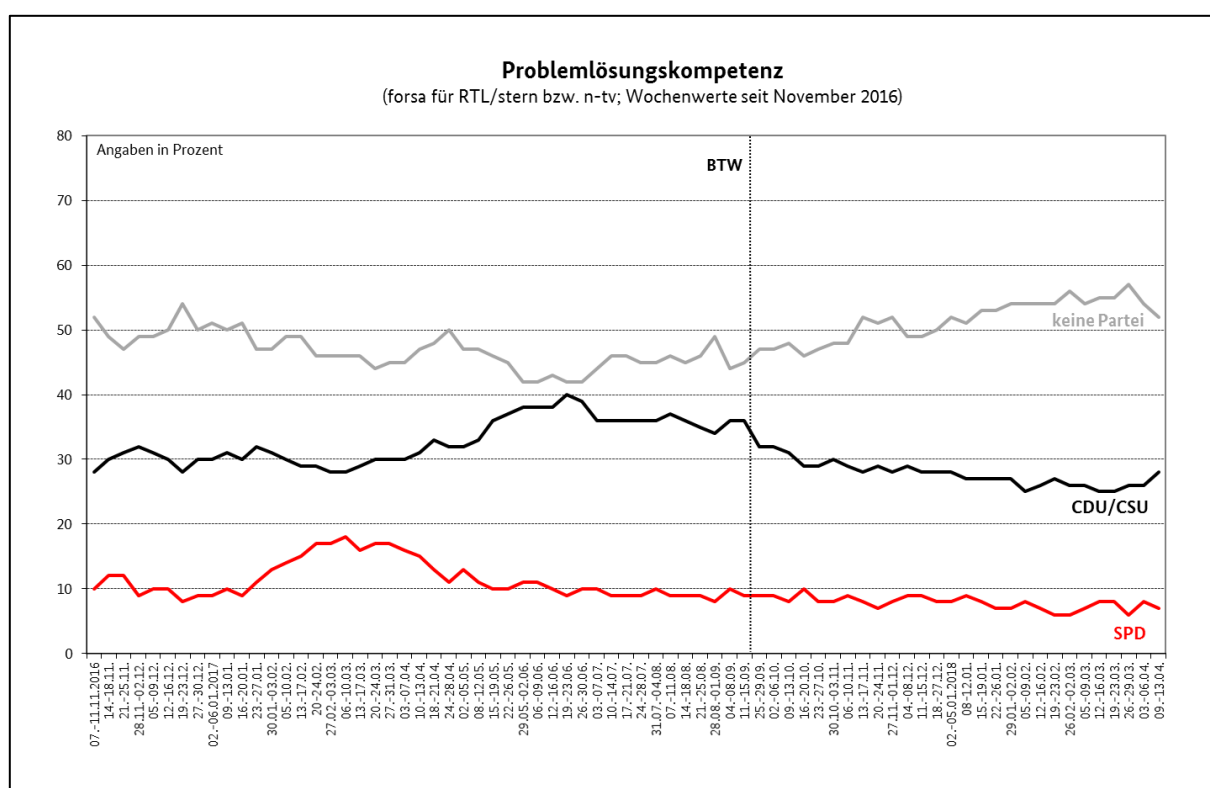
Angaben in Prozent

	forsa für RTL/n-tv
CDU/CSU	28 (+2)
SPD	7 (-1)
sonstige Parteien	13 (+1)
keine Partei	52 (-2)
Erhebungszeitraum	09.-13.04.

Bei der politischen Kompetenz, die gegenwärtigen Probleme in Deutschland zu lösen, liegt die Union 21 (+3) Prozentpunkte vor der SPD.

52 % (-2) trauen die Lösung der Probleme keiner Partei zu.

65 % (-1) der Unionsanhänger meinen, dass die eigene Partei mit den Problemen in Deutschland am besten fertig wird, bei den SPD-Anhängern sagen dies 38 % (+3) von ihrer Partei.



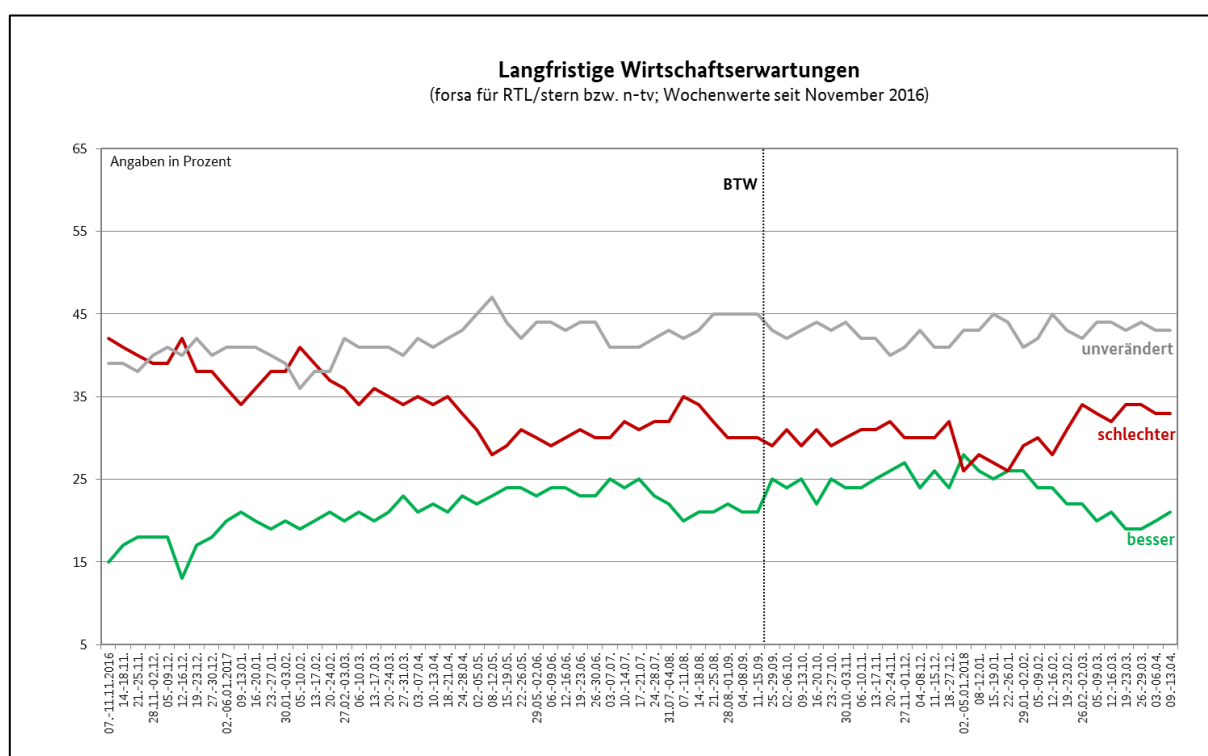
Langfristige Erwartungen für die Wirtschaft

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/n-tv	
besser	21	(+1)
schlechter	33	(-)
unverändert	43	(-)
Erhebungszeitraum	09.-13.04.	

Die langfristigen Wirtschaftserwartungen haben sich im Vergleich zur Vorwoche kaum verändert.

Der Anteil der Bevölkerung, der mit einer Verschlechterung der wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland in den kommenden Jahren rechnet, liegt gleichwohl um 12 (-1) Prozentpunkte höher als der Anteil, der von einer Verbesserung ausgeht.



Machen Sie sich Sorgen um den Weltfrieden?

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 13

	forsa für BPA	
sehr große	18	(+7)
große	47	(-2)
wenig	28	(-3)
keine	6	(-2)
Erhebungszeitraum	09.-13.04.	

Personen mit einfacher formaler Bildung (73 %) und Ostdeutsche (72 %) sowie Anhänger der SPD, der AfD (jew. 72 %) und der Linkspartei (70 %) machen sich überdurchschnittlich oft (sehr) große Sorgen um den Weltfrieden. Über 60-Jährige machen sich häufiger (sehr) große Sorgen als unter 30-Jährige (74 % zu 43 %) und Frauen häufiger als Männer (71 % zu 58 %).

Geringverdiener und Anhänger der FDP (jew. 40 %) machen sich überdurchschnittlich oft weniger bzw. keine Sorgen um den Weltfrieden.

Weltweite Krisen(regionen) als Gefahrenquelle für Deutschland

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 13

	forsa für BPA	
USA	22	(-4)
Syrien	14	(-)
"Neuer Kalter Krieg" zwischen USA und Russland	13	(neu)
Russland	12	(-4)
Naher Osten, arabische Länder	10	(+1)
Asien, Nordkorea	7	(-7)
Asylbewerber, Flüchtlinge	7	(-1)
Türkei	5	(-5)
Krieg/Terrorismus allgemein	5	(-)
Erhebungszeitraum	09.-13.04.	

Nach Meinung der Bundesbürger wird die Situation in den USA als größte Gefahr für Deutschland wahrgenommen.

Anhänger der SPD, der Grünen und der Linkspartei (jew. 27 %) nennen die Situation in den USA überdurchschnittlich häufig als größte Gefahrenquelle für Deutschland.

Rolle Deutschlands in der Weltpolitik

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 13

	forsa für BPA	
sollte mehr Verantwortung übernehmen	37	(-3)
sollte weniger Verantwortung übernehmen	12	(+4)
Deutschland tut bereits genug	49	(-)
Erhebungszeitraum	09.-13.04.	

Unter 30-Jährige (44 %) sowie Anhänger der Grünen (54 %), der Linkspartei (49 %) und der SPD (45 %) sind überdurchschnittlich oft der Meinung, dass Deutschland mehr Verantwortung in der Weltpolitik übernehmen sollte.

Hingegen sind Anhänger der AfD (37 %) überdurchschnittlich oft der Ansicht, dass Deutschland weniger Verantwortung übernehmen sollte.

Frauen (54 %) sowie Anhänger der Union und der FDP (jew. 57 %) meinen überdurchschnittlich häufig, dass Deutschland bereits genug tut.

Rolle Deutschlands in der EU

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 13

	forsa für BPA	
nimmt zu viel Rücksicht auf andere EU-Mitgliedstaaten	40	(+1)
nimmt zu wenig Rücksicht auf andere EU-Mitgliedstaaten	16	(-)
verhält sich alles in allem genau richtig	40	(-)
Erhebungszeitraum	09.-13.04.	

30- bis 59-Jährige, Personen mit einfacher und mittlerer formaler Bildung (jew. 45 %) sowie Anhänger der AfD (61 %) und der FDP (45 %) sind überdurchschnittlich oft der Meinung, dass Deutschland zu viel Rücksicht auf die EU-Mitgliedstaaten nimmt.

Männer (21 %) sowie Anhänger der Linkspartei (26 %) und der Grünen (23 %) sind hingegen überdurchschnittlich oft der Meinung, dass Deutschland zu wenig Rücksicht auf die EU-Mitgliedstaaten nimmt.

Unter 30-Jährige (53 %) und Geringverdiener (47 %) sowie Anhänger der Union und der Grünen (jew. 49 %) finden das Verhalten Deutschlands überdurchschnittlich häufig genau richtig.

Machen Sie sich Sorgen darüber, dass so viele Flüchtlinge in Deutschland sind?

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 12

	Emnid für BPA	
mache mir Sorgen	43	(-)
mache mir keine Sorgen	56	(+1)
Erhebungszeitraum	11.-17.04.	

30- bis 39-Jährige (52 %) und über 60-Jährige (50 %) sowie Anhänger der AfD (96 %) machen sich überdurchschnittlich oft Sorgen, dass so viele Flüchtlinge in Deutschland sind. Ostdeutsche sind häufiger besorgt als Westdeutsche (58 % zu 40 %) und Personen mit einfacher und mittlerer formaler Bildung häufiger als Personen mit hoher formaler Bildung (52 % zu 26 %).

Unter 30-Jährige (74 %) sowie Anhänger der Grünen (90 %), der Linkspartei (82 %) und der FDP (64 %) machen sich überdurchschnittlich oft keine Sorgen.

Hat die Aufnahme von Flüchtlingen kurzfristig bzw. langfristig für Deutschland ...?

Emnid für BPA, Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 12

	kurzfristig		langfristig	
eher Vorteile	6	(+1)	19	(-)
eher Nachteile	51	(-)	34	(-1)
Vor- und Nachteile gleichen sich in etwa aus	37	(-1)	39	(+1)
Erhebungszeitraum	11.-17.04.			

Kurzfristig sehen Ostdeutsche (62 %), 30- bis 49-Jährige (60 %) und Personen mit einfacher und mittlerer formaler Bildung (58 %) sowie Anhänger der AfD (91 %), der FDP (63 %) und der SPD (59 %) überdurchschnittlich oft eher Nachteile in der Aufnahme von Flüchtlingen. Auch langfristig sehen besonders häufig Anhänger der AfD (88 %), Ostdeutsche (48 %) und Personen mit einfacher und mittlerer formaler Bildung (40 %) sowie 30- bis 39-Jährige (42 %) eher Nachteile. Hingegen sehen Personen mit hoher formaler Bildung (29 %) sowie Anhänger der Grünen (47 %) und der Linkspartei (29 %) langfristig überdurchschnittlich oft eher Vorteile.

Kommt die Bundesregierung bei der Bewältigung der Flüchtlingssituation ...?

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 12

	Emnid für BPA	
eher voran	20	(-7)
eher nicht voran	74	(+9)
Erhebungszeitraum	11.-17.04.	

Anhänger der Union (36 %), der Grünen (29 %), der FDP (26 %) und der Linkspartei (24 %) sind überdurchschnittlich oft der Meinung, dass die Bundesregierung bei der Bewältigung der Flüchtlingssituation eher vorankommt. Personen mit hoher formaler Bildung sind eher dieser Meinung als Personen mit einfacher formaler Bildung (28 % zu 14 %).

Hingegen meinen insbesondere Ostdeutsche (85 %) und Anhänger der AfD (95 %), dass die Bundesregierung bei der Bewältigung der Flüchtlingssituation eher nicht vorankommt.

Wichtigste Themen

Angaben in Prozent

	infratest dimap für BPA
Bürgerkrieg in Syrien, Giftgasangriff, militärisches Eingreifen des Westens	35 (+20)
Flüchtlinge, Ausländer in Deutschland/Zuwanderungs-, Asylpolitik	11 (-5)
US-Präsidentschaft Donald Trump	7 (+1)
Gewerkschaften, Streiks, Lohnforderungen/ Tarifeinigung im öffentlichen Dienst	6 (+4)
Erhebungszeitraum	17.-18.04.

Die Bundesbürger beschäftigen sich in dieser Woche am meisten mit dem Thema "Bürgerkrieg in Syrien, Giftgasangriff, militärisches Eingreifen des Westens". Überdurchschnittlich häufig sehen 35- bis 49-Jährige und Männer (jew. 40 %) sowie Anhänger der FDP (50 %), der Grünen, der Linkspartei (jew. 47 %), der AfD (46 %) und der SPD (42 %) dieses Thema als das wichtigste der Woche an. Personen mit hoher formaler Bildung nennen es häufiger als Personen mit einfacher formaler Bildung (43 % zu 28 %) und Gutverdiener häufiger als Geringverdiener (44 % zu 30 %). Unter 35-Jährige (26 %) beschäftigen sich unterdurchschnittlich oft damit.

Anhänger der AfD (21 %) erwähnen das Thema "Flüchtlinge, Ausländer in Deutschland/Zuwanderungs- und Asylpolitik" besonders oft. Anhänger der Linkspartei (5 %) und der Grünen (7 %) nennen es unterdurchschnittlich häufig.

